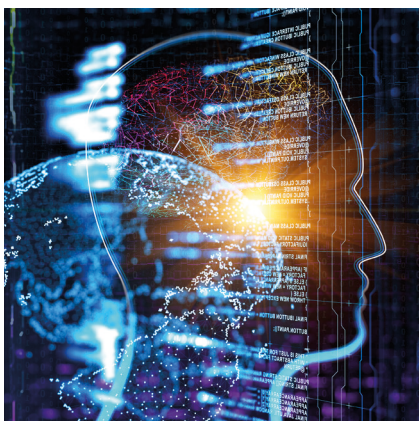




IMPULSPAPIER

ARBEIT 4.0 CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN EINER DIGITALEN ARBEITSWELT

**Freie
Demokraten**
FDP

Inhaltsverzeichnis

I. Innovation 4.0 und Arbeitswelt 4.0 hängen zusammen	4
II. Moderne und zukünftige Herausforderungen durch ein Bildungsupdate meistern	5
III. Wirtschaft 4.0 und Verwaltung 4.0 – Digitalisierung für alle Betriebe und für den öffentlichen Sektor ermöglichen	7
IV. Der digitale Raum kennt keine Landesgrenzen oder Schutzzäune – Rechtsrahmen gestalten, Regeln vereinfachen	9

Herausgeber | Impressum

FDP/DVP Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3 | 70173 Stuttgart
Telefon: 0711 2063-918
Mail: post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

ViSdP: Dr. Jan Havlik, Pressesprecher

Bilder:Titelbild: ©iStock.com/ MF3d ; ©iStock.com/ Zapp2Photo ; ©iStock.com/ gorodenkoff
Seite 3: ©iStock.com/ ipopba

Stand: 09.01.2019

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP Fraktion. Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen für Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität, ist voll im Gange und revolutioniert das Wirtschaftsleben in Baden-Württemberg. Sie verändert nicht nur die bestehenden Geschäftsmodelle, sondern auch die Produktionsprozesse und die Gesellschaft. Triebfedern dieser Entwicklung sind vor allem die technologischen Fortschritte bei den Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Diese Technologien tolerieren kein einfaches „Weiter so“, sondern bringen Dynamik und Veränderungen in die Wirtschaft, Konsum und Arbeit. Das Land Baden-Württemberg muss durch eine vorausdenkende Gestaltung der Rahmenbedingung die hohe Dynamik der Digitalisierung in der Wirtschaft aufgreifen, Räume für disruptive Technologien eröffnen und das selbstbestimmte Handeln und Entscheiden aller Akteure gewährleisten. Strukturwandel ist unbequem, herausfordernd und produziert Gewinner und Verlierer. Wir Freie Demokraten sehen hinter jedem Strukturwandel aber auch immer die Chancen. Denn ohne Strukturwandel kann es nur Verlierer geben.

Unser Mittelstand beschäftigt etwa 62 Prozent aller Erwerbstätigen in 492.000 kleinen und mittleren Unternehmen und erwirtschaftet 58 Prozent des Umsatzes. Heute ist Baden-Württemberg zwar der produktivste Wirtschaftsstandort in Deutschland, aber unser aller Wohlstand hängt davon ab, ob gerade in diesen kleinen und mittleren Unternehmen die Digitalisierung gelingt. Die Anforderungen der Unternehmen an die Politik, um auf diese Herausforderungen effektiv reagieren zu können, sind deutlich. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen in allen Bildungsbereichen, Unterstützung bei IT-Sicherheit, eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur und eine moderne Verwaltung, die mit gutem Beispiel vorangeht, gehören unabdingbar dazu.

Durch den digitalen Umbruch wird die Arbeit, sowie die Wirtschaft, immer dynamischer, projektorientierter, aber durch den Einsatz von IKT auch zeitsouveräner. Die heutige Arbeitsrealität muss sich an eine Generation Y anpassen, die sich eine flexible, selbstständige und unabhängige Arbeitsweise wünscht. Dies geht einher mit höheren Anforderungen an die Qualifikation. Die digitale Durchdringung aller Branchen spiegelt sich in dem gesteigerten Weiterbildungsbedarf über alle Branchen und Unternehmensgrößen hinweg wider. Statt bevormundender gesetzlicher Bildungszeitregelungen setzen wir auf schlüssige Angebote, die der fachlichen Qualifikation zutragen. Wir Freie Demokraten wollen den Schritt in die neue Arbeitswelt wagen, für mehr individuelle Freiheit und Selbstbestimmung sorgen, Schüler, Studierende, Arbeitnehmer und Beamte für die Digitalisierung fit machen und Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen. Politische und gesellschaftliche Aufgabe muss es sein, den Schutzreflexen und Wünschen nach der Bewahrung des Ist-Zustandes zu widerstehen. Wir Freie Demokraten werben für Fortschritt und Wandel und wollen Innovationen zulassen, ohne Entwicklungspfade vorzuschreiben.



I. Innovation 4.0 und Arbeitswelt 4.0 hängen zusammen

Die Arbeitswelt ist bei der Digitalisierung der Dreh- und Angelpunkt, in der technische Innovation und gesellschaftliche Modernisierung zusammentreffen. Laut dem Edenred-Ipsos-Barometer 2016 **wirkt sich die Digitalisierung positiv auf das eigenständige Arbeiten aus, verbessert die Zusammenarbeit und ermöglicht insbesondere eine bessere Vereinbarkeit des beruflichen und privaten Lebens**. So sind praktische und digitale Tools wie **Cloudworking, Smartphones und Home Office** ein Schritt weg von der Arbeit mit Stechuhr und starren Arbeitszeiten hin zum flexiblen und selbstbestimmten Berufsalltag. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg muss seine Wettbewerbsfähigkeit nicht nur für den Absatzmarkt, sondern auch für den Personalmarkt sichern, indem es dem privaten und öffentlichen Sektor erfolgreich gelingt, sich an die Anforderungen der neuen digitalen Arbeitswelt anzupassen. Daneben kann die Automatisierung einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels leisten.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- » Deutschland liegt beim Anteil der Personen mit **Home Office** unter dem EU-Durchschnitt und deutlich hinter anderen Ländern wie Frankreich und den Niederlanden. Die Nachfrage ist allerdings vorhanden: Fast 40% der Angestellten, die derzeit diese Möglichkeit nicht haben, würden gerne regelmäßig oder gelegentlich von zu Hause aus arbeiten. Die Vorstellung in der Politik geht häufig von einem veralteten Bild eines festen Heimarbeitsplatzes aus. Im Wettbewerb um Fachkräfte sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor wollen wir die administrativen und gesetzlichen Hürden so anpassen, dass attraktive und moderne Arbeitsgestaltungen möglich werden.
- » **Die digitale Arbeitswelt braucht mehr Selbstbestimmung und weniger Standardlösungen.** Heute sollte der Arbeitsplatz durch Cloud-Solutions überall dort sein können, wo der Arbeitnehmer möchte: ein Café, ein Coworking-Space, eine Flughafen-Lounge, die Bahn oder das selbstfahrende Automobil der Zukunft auf dem Weg zur Arbeit oder eben der Schreibtisch zu Hause. Die Potenziale der Co-Working-Spaces und ihren Mehrwert durch das Lernen voneinander und die Vernetzung vor Ort schaffen Synergieeffekte, die noch unterschätzt werden.

Wir wollen deshalb **ein Förderprogramm** etablieren, das die Kommunen bei der Gründung und Ausstattung von solchen **Coworking-Spaces vor Ort** unterstützt, um den Pendlerverkehr zu senken, den Community-Aspekt zu fördern und um die Kommunen attraktiver zu machen.

- » Menschen sind unterschiedlich, haben verschiedene Produktivitätszeiten und bevorzugen unterschiedliche Arbeitszeitmodelle. Am Morgen arbeiten, den Nachmittag mit den Kindern verbringen und abends E-Mails beantworten ist mit dem heutigen Arbeitszeitrecht schwer vereinbar. Deshalb streben wir an, die **tägliche Höchstarbeitszeit zu flexibilisieren und die Regelung der verpflichtenden 11-Stunden-Pause zu lockern**. Die grün-schwarze Landesregierung hat sich in der Koalitionsvereinbarung zwar verständigt, den Wünschen nach mehr Arbeitszeit-Souveränität gerecht zu werden, lässt aber keine Taten folgen.

- » Zu dem **Paradigmenwechsel der Arbeitswelt 4.0** gehören auch **Zick-Zack-Lebensläufe. Karrieren sind keine einspurigen Straßen mehr**, sondern von einem Wechsel zwischen Anstellung, Sabbatical, Gründung und Selbständigkeit geprägt. Viele Jobs zeichnen sich heute durch eine zunehmende Projektorientierung aus. Es ist Aufgabe der Politik, dieses **gesellschaftliche Bewusstseins zu schaffen und mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten**, etwa mit klaren gesetzlichen Positivkriterien beim Thema Scheinselbstständigkeit.

II. Moderne und zukünftige Herausforderungen durch ein Bildungsupdate meistern

Die Boston Consulting Group prognostiziert, dass der digitale Wandel in Deutschland bis 2025 Auswirkungen auf fast acht Millionen Arbeitsplätze haben wird. Das bedeutet aber nicht, dass diese Jobs in Gänze verschwinden werden. **Vielmehr wird mit Veränderungen bei den Berufsbildern und den damit verbundenen Tätigkeiten gerechnet.** Zudem sehen laut dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales 78% der Beschäftigten - nicht nur hochqualifizierte - die Notwendigkeit, sich ständig weiterzuentwickeln.

Die Grundlage für eine funktionierende Digitalisierung der Wirtschaft in Baden-Württemberg sind daher gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben, die sich lebenslang fortbilden. Die FDP/DVP Fraktion will die Unternehmen bei der Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch **wertige und gut ausgestattete Aus- und Weiterbildungseinrichtungen unterstützen.**

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- » Das **Interesse an Naturwissenschaften und Technik** gilt es bereits im Kindergarten und in der Grundschule zu fördern. Zukunftsweisende Ansätze sind das „Haus der kleinen Forscher“ und Wettbewerbe wie „Jugend forscht“. Auch der Orientierungsplan für eine Pädagogik im Kindergarten liefert für dieses Vorhaben eine Basis. Somit können bereits in der frühkindlichen Bildung erste Grundlagen für das Verständnis der digitalen Welt gelegt werden.
- » **Die Vermittlung von einem Grundverständnis für Coding und Programmieren** ist in der digitalen Welt dringend notwendig. Wir Freie Demokraten fordern deshalb für **alle weiterführenden Schularten ein eigenständiges Fach Informatik.**
- » **Der selbstverständliche und kritische Umgang mit digitalen Medien** soll in den Schulen ebenfalls eine tragende Rolle für die Digitalisierung spielen. Die Kommunikation über soziale Medien prägt jetzt schon unser Alltags- und Berufsleben. Voraussetzung dafür, dass digitaler Unterricht stattfinden kann, ist jedoch eine entsprechende Ausstattung der Schulen. Diese sicherzustellen, ist nach Auffassung der FDP/DVP Fraktion eine wichtige gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden.

- » Im **neuen Fach Wirtschaft** muss die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeit ein wichtiger Unterrichtsgegenstand sein. Dort entstehen Anregungen zu Start-ups, die als Labore dienen, wo Ideen entwickelt und getestet werden und sind neben traditionellen Unternehmen **Triebfeder der Innovationen**. Start-Up-Planspiele können bereits an den Schulen engagiertes wirtschaftliches Denken fördern.

- » Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird auch die Ausbildungsberufe maßgeblich verändern. Unsere Kinder werden in neuen Berufen arbeiten, die es in dieser Form heute noch gar nicht gibt. Die FDP/DVP Fraktion erwartet deshalb, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine **Überarbeitung von Ausbildungsordnungen gemeinsam mit den Betrieben und dualen Partnern** einsetzt. Die Neuordnungsverfahren müssen bereits heute Lösungen im Hinblick auf die zukünftige Arbeitsgestaltung und die damit verbundenen Qualifizierungsfragen finden. Wir setzen dabei auch auf das Knowhow der Vertretungen des Handwerks, der Berufsschulen und der Industrie- und Handelskammern, um praxisnahe und umsetzbare Lösungen zu finden.

- » **Die Ausbildung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den MINT-Berufen** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist ein wichtiger Baustein, damit die Digitalisierung funktionieren kann. Deshalb sind **zusätzliche Studienplätze** einzurichten, beziehungsweise neue Studiengänge zu eröffnen. Besonders notwendig ist es außerdem, den Bedarf an MINT-Fachkräften im öffentlichen Dienst zu stillen. Dafür muss der öffentliche Sektor wieder im Arbeitsmarkt wettbewerbsfähig werden, beispielsweise durch attraktive Arbeitsbedingungen wie flexiblere Arbeitszeitlösungen.

- » **Knapp neun von zehn Unternehmen in Deutschland sehen die Notwendigkeit von mehr Weiterbildung als größte Herausforderungen der Digitalisierung.** Dies ergab eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im Jahr 2017. Gleichzeitig hält die Mehrzahl der Mitarbeiter das regelmäßige Erlernen neuer Fähigkeiten für entscheidend, um im Arbeitsalltag Schritt zu halten. Dies gilt sowohl für den öffentlich als für den privaten Sektor. Wir fordern deshalb eine Politik, die den Unternehmen den nötigen Freiraum für zielgerichtete Investitionen in die Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiter gibt.

III. Wirtschaft 4.0 und Verwaltung 4.0 – Digitalisierung für alle Betriebe und für den öffentlichen Sektor ermöglichen

Die Digitalisierung des Wirtschaftslebens findet mit großem Tempo statt. Große Betriebe mit eigenen IT-Abteilungen stellen Kommunikation, Marketing, Arbeitsweisen und Produktionsabläufe auf diese neuen Möglichkeiten ein. Im Jahre 2016 tätigte Deutschland 30 Prozent aller Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in der Europäischen Union, die großen Betriebe hierzulande investieren fast fünf Prozent ihres Umsatzes in diesen Bereich. Außerdem ist Baden-Württemberg noch das Bundesland mit den meisten Patentanmeldungen. Allerdings fallen derartige Investitionen gerade bei mittelständischen Betrieben deutlich geringer aus. Je kleiner aber der Betrieb, desto größer sind die Herausforderungen, mit der digitalen Entwicklung neben den alltäglichen Betriebsabläufen und den stetig wachsenden bürokratischen Belastungen Schritt zu halten. Ein Normenkontrollrat, der sein Augenmerk hauptsächlich auf neue Gesetze legt, wird die bestehende Bürokratie nicht abbauen.

Die Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft ist die heterogene Struktur, sowohl räumlich als auch von der Unternehmensgröße her. Wenn kleine und mittlere Betriebe die digitalen Voraussetzungen nicht erfüllen können, drohen Probleme für Zulieferer und Dienstleister. „Industrie 4.0“ muss deshalb in Baden-Württemberg als „Wirtschaft 4.0“ gedacht und umgesetzt werden, um diese bewährte Wirtschaftsstruktur aufrechterhalten zu können.

Wir Freien Demokraten sehen schließlich die sinkende Gründerquote in Deutschland mit großer Sorge und wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, die neue Geschäftsmodelle für erfolgreiche Start-Ups bieten. Laut dem Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW erreichte die Gründerquote im Jahre 2017 einen historischen Tiefststand. Baden-Württemberg als industrie- und wirtschaftsstarkes Land rangiert dabei nur auf dem 10. Platz im Bundesvergleich. Diesbezüglich darf in Baden-Württemberg eine leistungsfähige und serviceorientierte Verwaltung als wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen aller Größenordnungen nicht unterschätzt werden.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- » Angesichts des Umfangs, der Wichtigkeit und Komplexität der Digitalisierungsvorhaben in Wirtschaft und Arbeit 4.0 wollen wir die Digitalisierung aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums herauszulösen und **ein eigenständiges Digitalisierungsministerium** schaffen, in dem kreative Köpfe, professionelle Digitalexperten und agile Managementmethoden zusammenkommen. Dieses soll existentielle Zukunftsaufgaben mit Verantwortungsbewusstsein und der entsprechenden Professionalität angehen und als ressortübergreifender Ansprechpartner für alle Vorhaben der Digitalisierung fungieren.
- » Das Grundproblem der Digitalisierung bleibt die fehlende flächendeckende gigabitfähige Infrastruktur. Wir wollen **Ungleichgewichte bei der Glasfasererschließung in ländlichen Regionen beseitigen**, wo sich viele kleine und mittlere Unternehmen befinden und jeder Dritte Baden-Württemberger wohnt. Dazu gehört auch eine leistungsfähige und zuverlässige digitale Infrastruktur entlang der Hauptverkehrswege.

- » Knapp ein Viertel der deutschen Unternehmen sehen nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im Jahre 2017 die Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und die Verknüpfungen von Services in einem Portal als eine dringende Aufgabe der Politik an. Als Motor in der **Umsetzung von E-Government in der Landesverwaltung** muss der Anspruch gelten, dass der überholte, zeitraubende Behördengang der Vergangenheit angehören muss. **Die digitale Akten-Einreichung und –Führung, der Ausbau einer sogenannten One-Stop-Agency als einheitlichen Ansprechpartner über die Verwaltungsebenen hinweg, der Aufbau von Serviceportalen wie das Serviceportal BW und funktionierende digitale Identitäten stellen die unverzichtbare Grundlage für diese Umwälzung dar.**
- » Gerade der Einzelhandel befindet sich derzeit in einem existenziellen Strukturwandel durch eine stark wachsende Verbraucheraffinität zum Onlinehandel. Wir wollen mit **Modellprojekten wie „Digitale Einkaufsstadt Baden- Württemberg“** für Städte und Gemeinden in der Größe bis 50.000 Einwohner Impulse für einen zukunftsfähigen Handel entwickeln. Digitale Elemente in der Verkaufsstrategie auch kleinerer Geschäfte können Einzel- und Internethandel zusammenführen und somit die Stadt- und Ortskerne als frequentierte Einkaufsplätze wieder stärken
- » Die Digitalisierung bringt auch die internationalen Märkte näher zusammen. Damit stellen sich auch für die Unternehmen in Deutschland Fragen fremden Steuerrechts, Zollpflichten und formaler Hürden für Dienstleistungen. Durch die Schaffung einer zentralen **Anlaufstelle bei Nachfragen im umsatzsteuerlichen Bereich**, vor allem für geschäftliche Kontakte mit dem Ausland, kann gerade kleinen und mittleren Betrieben geholfen werden.
- » Das Bildungssystem, die bürokratische und steuerliche Belastung sowie der erschwerte Zugang zu Wagniskapital und Krediten werden von Gründern als Haupthindernisse angeführt. Wir wollen deshalb auf diese Entwicklung reagieren und eine **neue Gründerkultur etablieren, der weniger Bürokratie und eine bessere Finanzierung in der Anfangsphase helfen.** Mit einem **bürokratiefreien ersten Jahr für Start-Up-Gründer**, Coaching- und Mentoring-Programme und landesweiten Best-Practice-Plattformen wollen wir mit jungen vitalen Zentren der innovativen Risikomärkte der digitalen Technologien in anderen Ländern Schritt halten. Vorstöße von Industrie- und Handelskammern, etwa Beitragsfreistellungen für Gründer vorzusehen, begrüßen wir.
- » Wir wollen ein Programm **„second start (up)“** auf den Weg bringen, um die **Unternehmen bei Umbau- und Weiterentwicklungsprozessen infolge der Digitalisierung zu unterstützen.** Dadurch sollen der Erfahrungsaustausch der Unternehmen durch eine Vernetzung ermöglicht sowie gemeinsame Weiterbildungsprogramme entwickelt werden.
- » Unter Beteiligung der Spitzenforschung wollen wir mehr Modellprojekte für die Bereiche **„Smart Building“** und **„Smart Home“** schaffen und Initiativen wie den Smart-Home and Living in Baden-Württemberg e.V fördern. Das E-Haus des Zentralverbandes der Deutschen Elektro- und Informationstechnischen Handwerker (ZVEH) zeigt eindrucksvoll, wie unter anderem Datensicherheit, energetische Ertüchtigung und ein altersgerechtes Wohnen effizient gewährleistet werden können.

- » Wir wollen ein **Gründerstipendium BW** auflegen, das Gründern ermöglicht, sich ein Jahr lang voll auf ihre Geschäftsidee zu konzentrieren, wie es in Nordrhein-Westfalen bereits möglich ist.

IV. Der digitale Raum kennt keine Landesgrenzen oder Schutzzäune – Rechtsrahmen gestalten, Regeln vereinfachen

Technische Fortschritte und digitale Lösungen ermöglichen es gerade Handwerksbetrieben sowie zahlreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen, ihre Waren und Dienstleistungen auch in den europäischen Nachbarstaaten anzubieten. Damit dies aber Realität wird, müssen europaweite Rahmenbedingungen geschaffen und Regelungen vereinheitlicht werden. Dazu hat die Europäische Kommission im Mai 2015 eine Strategie für einen europäischen digitalen Binnenmarkt vorgelegt. In dieser Strategie sind neben der Harmonisierung von Rechtsvorschriften beim Online-Handel in Sachen Kauf- und Verbraucherschutzrecht und einer Vereinfachung des Verwaltungsaufwands bei der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Handel auch notwendige Vereinheitlichungen in den Bereichen Datensicherheit und Datenschutz vorgesehen. Durch die Digitalisierung droht Wirtschaftsspionage nun nicht mehr am Firmmentor, sondern auch im digitalen Raum und erfordert einen besonderen Schutz von sensiblen Daten. Mittelständische Unternehmen können sich in der Regel keine eigene Sicherheitsabteilung leisten, weshalb die staatlichen Stellen zur Hilfestellung aufgefordert sind.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- » Die im Mai 2018 in Kraft getretene **Datenschutz-Grundverordnung** hat unsere Befürchtung einer viel zu globalen und allgemeinen Beschränkung von Datennutzung wahr werden lassen. Es kann nicht sein, dass datensparsame Unternehmen wie Handwerksbetriebe gleich behandelt werden wie weltweit tätige und datenintensive Internetkonzerne. Dabei sollte der Grundsatz beachtet werden, dass Einwilligungserklärungen des Betroffenen nur dann zwingend sein sollten, wenn diese auch ihren Schutzzweck erfüllen können. Die Landesregierung sollte sich insoweit klar gegen überbordende Vorschriften positionieren.
- » Wir wollen das **Geschäftsmodell zwielichtiger Abmahnvereine rechtlich unterbinden**, das Unternehmen, Handwerker und Vereine in einer Weise drangsaliert, die nichts mehr mit dem eigentlichen Zweck des Datenschutzes zu tun haben und Onlinetätigkeiten verhindern.
- » Digitaler Datenschutz hat im Sinne von **Informationssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen** eine wichtige Funktion, muss aber nicht von jedem neu erfunden werden. Verallgemeinerbare Best-Practice-Modelle, aber auch ein vorbildhaftes Vorgehen etwa bei einer landesweiten Strategie zur Datensicherheit an den Hochschulen statt vieler Individuallösungen schaffen hier die nötigen Synergien.

- » Daneben ist der Austausch von Informationen über erkannte oder laufende Bedrohungen für den Mittelstand von hoher Bedeutung. Zu wenige Betroffene räumen Hackerangriffe oder Schadsoftware-Befall aus Angst vor negativen Folgen bei Umsatz oder in der medialen Wahrnehmung ein. Eine **Vernetzungsstelle** wie die geplante Cyberwehr, die nicht nur Sicherheitsbehörden generalisierte Informationen weitergeben, sondern auch Unternehmen anonymisiert über laufende Angriffe informieren kann, muss daher zeitnah und flächendeckend einsatzbereit sein. Dabei muss gewährleistet werden, dass auch einschlägige private Anbieter digitaler Sicherheit nicht außer Acht bleiben
- » Auch die bestehenden Initiativen zur Abwehr von Cyberkriminalität wie die Abteilung des LKA „Cybercrime und digitale Spuren“ müssen auf einen **stärkeren Dialog mit Fachleuten, Betroffenen und Gefährdeten** setzen, um lückenlosen Schutz zu gewährleisten.
- » Die unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen in Europa haben den europaweiten Online-Handel eher erschwert. Die FDP/DVP fordert daher seit Jahren ein **einheitliches Mehrwertsteuerformular** als ersten Schritt zur Entbürokratisierung. Begrüßenswert ist darüber hinaus das Vorhaben der EU-Kommission, einen einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum zu etablieren, um den europäischen Handel besonders auf digitaler Ebene zu vereinfachen und Steuerbetrug zu verhindern.